



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Entlastung des Ehrenamtes – Ehrenamtspauschale anheben“ (Drucksache 20/4487)

Gesellschaftliches Engagement muss dauerhaft und angemessen finanziell belohnt werden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Schaffung einer Regelung für eine dynamisierte Anpassung der Pauschalen des jeweiligen steuerlichen Jahresfreibetrags nach § 3 Nr. 26 EstG und § 3 Nr. 26a EstG einzusetzen. Hinsichtlich eventueller steuerlicher Mindereinnahmen auf Landesebene ist eine Kompensation durch den Bund anzustreben.

Begründung:

Das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger in Sport- und Kulturvereinen, in Kirchen, in Sozialverbänden und in anderen gemeinnützigen Organisationen ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Die Regelungen zu steuerlichen Freibetragsgrenzen in § 3 Nr. 26 EstG und § 3 Nr. 26a EstG führen dazu, dass die wohlmeinenden Worte sich auch spürbar in den Portemonnaies der sich engagierenden Menschen auswirken.

Nichtsdestotrotz besteht hier Handlungsbedarf:

Hier ist eine Regelung wünschenswert, die zu einer Dynamisierung, sprich einer automatisch erfolgenden Anpassung der Freibeträge zu Gunsten der sich engagierenden Menschen führt. Als wichtiges Zeichen in die Gesellschaft hinein

kann damit vermieden werden, dass durch Preissteigerungen die Honorierung des Engagements schleichend entwertet wird. Die Signalwirkung für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements kann auf diese Weise dauerhaft verstetigt werden.

Ein mögliches Modell könnte eine jährliche Anpassung an den Verbraucherpreisindex entsprechend der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Inflationsrate sein. Alternativ könnte eine Kopplung an den steuerlichen Grundfreibetrag erfolgen, so dass die Pauschalen als feste Prozentsätze des Grundfreibetrags ausgestaltet werden. Da der Grundfreibetrag regelmäßig angepasst wird, würde die Dynamisierung auf diese Weise automatisch dieser Regelung nachfolgen.

Ein eventueller Steuerausfall auf Landesebene soll durch eine Kompensation durch den Bund ausgeglichen werden.

Sophia Schiebe

Beate Raudies
und Fraktion

Kianusch Stender